



Foto: Laurence Chaperon

### Merkel schlägt Laurence Meyer als neuen **Generalsekretär** vor

„Verloren gegangenes Vertrauen für die CDU zurückgewinnen – darum ging es mir in erster Linie bei meiner Arbeit und mit meiner Art, Politik zu machen.“

Wenn er heute sein Amt als Generalsekretär zur Verfügung stelle, dann ebenfalls, „um der Partei in der jetzigen strategischen Situation weiterzuhelfen“. Ruprecht Po-

lenz hat seine Entscheidung „im vollen Einvernehmen“ mit der Parteivorsitzenden getroffen. Angela Merkel: „Die Zusammenarbeit mit Ruprecht Polenz gehört für mich zu den besten Erfahrungen, die ich in meinem politischen Leben gemacht habe, und ich weiß, dass das in der Politik nicht selbstverständ-

*Fortsetzung Seite 3*

#### INHALT

**LAURENZ MEYER:**  
Wir müssen eine Sprache sprechen, die die Menschen auch verstehen.  
Der designierte Generalsekretär stellt sich den Fragen der Presse  
SEITE 2

**GEGEN WEGSCHAUEN UND GLEICHGÜLTIGKEIT**  
Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz. Merkel, Merz und Diepgen unterzeichnen Aufruf zum 9. November  
SEITE 4

# Wir müssen eine Sprache sprechen, die die Menschen auch **verstehen**

Ein schlagkräftiges Team werden sie sein: Angela Merkel und Laurenz Meyer. Und schon bei der Vorbereitung auf die bevorstehenden Wahlkämpfe in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird sich das zeigen.

Parteireform und inhaltliche Erneuerung der CDU sind die beiden nächst wichtigen Aufgaben. Die langjährige Berufserfahrung in der Wirtschaft, die der designierte Generalsekretär mitbringt, wird dazu beitragen, vor allem die Kompetenz der Partei auf dem Gebiet der Sozialen Marktwirtschaft wieder deutlich vor Augen zu führen.

Angela Merkel auf der ersten gemeinsamen Pressekonferenz mit Laurenz Meyer am 24. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus: „Ich schätze seine politische Erfahrung. Zusammen mit seiner Berufserfahrung ist sie eine gute



Grundlage für unsere künftige Zusammenarbeit.“

„Ein bisschen auch die Stimmung von der Basis“ bringe er als Landespolitiker mit nach Berlin, erklärte Meyer in seinem ersten Statement und erläuterte: „Dort wird die lebendige Diskussion in der Partei begrüßt, aber gleichzeitig auch gewünscht, dass an der Spitze nicht alle durcheinander reden.“

Mitglieder und alle diejenigen, die uns nahe stehen, noch besser als bisher in den Prozess der Diskussion mit

einzubeziehen – darin sieht der neue Generalsekretär eine ganz besonders wichtige Aufgabe, zu der seiner Meinung nach gehört, dass mit einer Sprache gesprochen wird, die die Menschen auch verstehen.

Laurenz Meyer: „Wir wollen uns nicht die Meinungen zu eigen machen, die an den Stammtischen verbreitet werden, aber so reden, dass wir auch an den Stammtischen verstanden werden.“

Erfolgchancen bei Wahlen wird die CDU – so Meyer – dann erst wieder haben, wenn die innerparteiliche Diskussion zur Klärung aller Fragen – natürlich auch der Zuwanderungsfrage – führt und die CDU in den Augen der Wählerinnen und Wähler die ihr eigene Zuständigkeit vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückerhält.

Laurenz Meyer: „Ich werde dazu beitragen, den Klärungsprozess zu beschleunigen.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Fortsetzung von Seite 1

lich ist. Dafür möchte ich Ruprecht Polenz ganz besonders danken.“

Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, einen Nachfolger im Amt des Generalsekretärs „erst mit Zeitverzug zu benennen“, hat sich die Parteivorsitzende nach eingehender Diskussion im Präsidium davon überzeugen lassen, dass es richtig sei, diese Personalentscheidung ebenfalls schon heute mitzuteilen.

Angela Merkel: „Ich werde dem Kleinen Parteitag am 20. November und dann später dem ordentlichen Parteitag im nächsten Jahr Laurenz Meyer, den Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, als Generalsekretär vorschlagen.“

### ■ **Zuwanderung**

Es ist die Aufgabe der Politik, gerade in Wahlkämpfen Fragen aufzugreifen, die den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen. Allein schon deshalb ist auch Zuwanderung eins der Themen – darin war sich das Parteipräsidium einig –, um die man sich nicht herummogeln könne.

### ■ **Ökosteuern**

An der Forderung der CDU hat sich nichts geändert: Die Ökosteuern müssen weg! Sie sind falsch, und die Entfernungs-pauschale ist „Flickwerk“. Der Bund kassiert die Einnahmen aus der Steuer, die

## AUS DER ERKLÄRUNG VON RUPRECHT POLENZ

# Es ging mir vor allem darum, Vertrauen zurückzugewinnen

*Ich habe das Amt als Generalsekretär der CDU in einer sehr schweren Zeit angetreten. Die CDU hatte durch die Spendenaffäre viel Vertrauen verloren. Durch meine Arbeit und durch meinen Stil, Politik zu machen, ist es mir vor allem darum gegangen, verloren gegangenes Vertrauen für die CDU zurückzugewinnen. Ich hoffe, dass mir das gelungen ist.*

*Bei vielen Besuchen an der Basis in unseren Kreisverbänden habe ich mich für eine Parteireform eingesetzt – mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung der Rechte unserer Parteimitglieder und der innerparteilichen Demokratie. Die CDU muss auf allen Ebenen eine lebendige, eine offene und eine lernende Partei sein. Und sie*

*muss eine solidarische Partei sein, damit wir Erfolg haben.*

*Als moderne Partei müssen wir die Chancen des Internet nutzen, auch darum habe ich mich besonders gekümmert.*

*Mit der Ökosteuern ist uns eine der erfolgreichsten Kampagnen der letzten Jahre gelungen.*

*Ich habe das Amt gerne ausgeübt. Die CDU ist eine großartige Volkspartei. Die Funktionsträger und unsere Mitglieder wollen eine bürgerliche Alternative in Deutschland, die unser Land nach vorne bringt. Dafür werde ich als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kämpfen.*

*Meinem Nachfolger wünsche ich von Herzen alles Gute und eine glückliche Hand.*

Ausgaben für die Pauschale aber sollen die Länder tragen.

### ■ **Gegen Gewalt**

An der für den 9. Nov. geplanten Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt wird sich die CDU beteiligen. Von der Synagoge in

der Oranienburger Straße wird der Zug zum Brandenburger Tor gehen, wo Bundespräsident Johannes Rau und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, zu den Teilnehmern sprechen werden. **UD**

## Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz

Wir stehen ein für ein menschliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Land, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur oder Hautfarbe.

Wir verurteilen Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir dulden keinen Antisemitismus, keine Schändung von Friedhöfen, religiösen und kulturellen Einrichtungen, keine feigen Übergriffe auf Menschen in unserem Land.

Wir stehen zusammen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit.

Wir wollen ein Land, in dem kein Mensch Angst haben muss vor Verfolgung und Gewalt.

Wir sind nicht allein. Unsere stärksten Waffen sind Mut zur Zivilcourage und Entschlossenheit. Auf uns, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, kommt es an.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wir stehen zu den Grundwerten unserer Demokratie. Der 9. November als Datum deutscher Geschichte im Guten wie im Bösen verpflichtet uns alle, die Demokratie stets aufs Neue zu verteidigen. Lassen Sie uns am 9. November ein Zeichen setzen mit einer großen Demonstration.

## Wir stehen auf!

Zu den Erstunterzeichnern gehören: die Parteivorsitzende Angela Merkel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen.



GERHARD STOLTENBERG:

# Die Gründer der CDU waren von einem ungewöhnlichen Maß an **Mut** beseelt

Aus der Rede von Bundesminister a. D. Gerhard Stoltenberg beim Festakt aus Anlass des 50. Jahrestages des Gründungsparteitages der CDU in Goslar:

Die Gründung der CDU in Deutschland gehörte zu den wichtigsten, am stärksten in die Zukunft weisenden Veränderungen der demokratischen Parteienstruktur unseres Landes im vergangenen Jahrhundert. Sehr viele Menschen erkannten nach 1933, dass die mangelnde Behauptungskraft des Systems der Demokratie während der Weimarer Republik einen wesentlichen Grund in der Zersplitterung in Klein- und Kleinstparteien hatte.

## Gründung in allen Zonen

Schon um 1920 begann die Debatte um einen neuen, umfassenderen Ansatz für eine interkonnessionelle christliche Volkspartei. Das katholische Zentrum hatte sich über Generationen bei den Wahlen als die stabilste Gruppierung behauptet, aber es verblieb stets unter



der zwanzig Prozentgrenze. Weniger bekannt ist, dass bei der letzten freien Reichstagswahl 1932 Dietrich Bonhöffer, der bedeutendste evangelische Theologe seiner Generation, nach 1933 unermüdlicher Streiter gegen die Hitler-Barbarei und schließlich ihr Opfer, aus solchen Erwägungen heraus das Zentrum wählte.

So war gleichsam das Feld aufgebrochen, die Saat gesät, die 1945/46 in allen Zonen und an vielen Orten des geteilten Deutschland zur Gründung der CDU führte. Es waren die Älteren, die sich aus dem Zentrum, den liberalen und demokratisch-konservativen Parteien, dem kleinen Evangelischen Volksdienst zusammenfanden, von nicht wenigen in den Amtskirchen

und unter ihren Mitbürgern mit einiger Skepsis betrachtet. Es waren auch Heimkehrer aus der Kriegsgeneration und sehr junge Leute, die aus dem Kriegsdienst mit 16, 17 Jahren wieder in ihre Schulen zurückkehrten.

## Christlich geprägt

Dies war meine persönliche Erfahrung, als ich wieder nach Hause kam, in ein von Bomben beschädigtes Elternhaus, in den Kreis der Familie, die vor Jahren getrennt worden war. Für mich war die christliche Erziehung und Prägung wichtig, auch das frühe Interesse an Zeitgeschichte in zahlreichen Gesprächen mit Älteren darüber, wie es zu der deutschen Katastrophe gekommen war.

Das führte zu meiner Entscheidung, als Primaner 1947 Mitglied der CDU und der Jungen Union zu werden, also einer neuen Partei mit innovativen Ideen, die Konsequenzen aus dem Scheitern der ersten Demokratie zog und nicht einfach weiter machte, wo sie 1933 auf-

gehört hatte. So kam ich auch zu dem Gründungsparteitag nach Goslar.

Die Frühgeschichte unserer CDU war sehr spannend. Schon 1947 hatte sie im Frankfurter Wirtschaftsrat gemeinsam mit FDP und DP die knappe Mehrheit für Ludwig Erhards befreiende Tat, die weitgehende Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft gesichert. 1949 erarbeiteten ihre Repräsentanten in enger Zusammenarbeit das Grundgesetz, unsere Verfassung. Und das, wie auch die Bildung der ersten Regierung Adenauer im Herbst 1949, erfolgte, bevor in Goslar aus einer Arbeitsgemeinschaft von CDU-Landesverbänden eine Bundespartei mit unmittelbar gewählten Führungsorganen, mit einem Statut und einem noch immer relativ bescheidenen organisatorischen Rahmen wurde.

Aber 1946 begann die Unterdrückung der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone, die gewaltsame Entfernung ihrer gewählten Spitzenrepräsentanten, die Verhaftung vieler Funktionsträger und Mitglieder. Das bewegte uns sehr stark, und so fand auf dem Goslarer Parteitag die Rede Jakob Kaisers viel Zustimmung und Sympathie. Er forderte Freiheit,



Das Odeon in Goslar

Selbstbestimmung für die Landsleute in der späteren DDR, er hob den Anspruch auf Wiedervereinigung als unveräußerliches Menschenrecht auch der Deutschen hervor. So wurde in das Statut die Exil-CDU als Sprecherin der mittel- und ostdeutschen Landesverbände aufgenommen, ein großer Kreis engagierter Frauen und Männer, die über Jahrzehnte hinweg viel für den Zusammenhalt im geteilten Deutschland getan haben.

### Standortbestimmung

Die großen Referate der drei Tage beeindruckten mich und die fast tausend Delegierten und Gäste sehr. Wer sie noch einmal nachliest, kann das gut verstehen. Sie waren durch eine Standortbestimmung, eine tiefgehende christliche und historische Reflektion bestimmt, vor allem aber auch durch den Blick nach vorne, programmatische Zukunftsaussagen, die



Empfang im Rathaus

in der Tat nicht nur unsere Partei, sondern in Vielem die Entwicklung der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt haben.

So hieß es in der politischen Resolution des Parteitages am 22. Oktober 1950:

*Die CDU bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere Europäische Gemeinschaft hinein.*

*Und: Der politische Kampf der Gegenwart ist zutiefst ein Ringen der Geister um die sittlichen Grundlagen unseres Gemeinschaftslebens. Es geht um die Bewahrung der christlich-abendländischen Kultur und die Rettung der menschlichen Freiheit vor der Gefahr des totalitären Staatszwanges.*

Klar waren die Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft, die einen echten Lei-





Podium und Slogan



Schlusskundgebung

stungswettbewerb ermöglichen, die bereits den Lebensstandard unseres Volkes verbessert habe und auch günstigere Bedingungen für die Kriegsoffer, Vertriebenen und sozial Schwachen schaffen werde.

Dieser Dreiklang, ein freies vereintes Deutschland in einer Europäischen Gemeinschaft, eine ordnungspolitisch und ethisch begründete Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und Freiheit statt Totalitarismus als Lebens- und Organisationsform unseres Gemeinwesens, ist über die fünf Jahrzehnte hinweg aktuell geblieben.

### Konsequente Westbindung

Die stärksten Wirkungen erzielten schon in Goslar Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Der Bundeskanzler begründete die damals höchst umstrittene Entscheidung für eine konsequente

Westbindung und die Bereitschaft, deutsche Soldaten aufzustellen und in die Verbände der Alliierten zu integrieren.

Er fragte noch einmal eindringlich nach den tiefsten Gründen des Unglücks der jüngsten Zeit und sagte:

*Mir scheint, dass letzten Endes das Schwinden des Rechtsgedankens eine der Hauptursachen ist. Wenn wir nicht den Staat seiner Allmacht entkleiden, wenn man nicht für den einzelnen Menschen wie die Völker Rechte anerkennt, die, weil im Naturrecht begründet, nicht geändert und entzogen werden können, dann wird keine Ordnung, keine Sicherheit mehr auf Erden sein.*

Das gilt zweifellos heute ebenso wie damals. Was hat sich verändert? In den ersten Nachkriegsjahren gewannen die christlichen Kirchen und ihre Botschaft ein sehr hohes Maß an prägender Wirkung für die Orientierung, für das Leben der meisten Menschen

und auch für den öffentlichen Diskurs in der jungen Bundesrepublik. Das ging weit über die Anhänger der CDU/CSU hinaus. Der Neubeginn war eindrucksvoll und weckte viele Hoffnungen.

Wenn ich an den Goslarer Parteitag 1950 zurückdenke, dann wird mir erneut das ungewöhnliche Maß an Mut und Kraft voll bewusst, von dem die Gründer bestimmt waren. Ihre Leistung sollte öffentlich mehr Anerkennung finden, auch im Geschichtsunterricht unserer Schulen, in den Medien, im Gespräch der Jungen mit den Alten, als dies weithin heute der Fall ist. Vor allem für uns, die damals Zwanzigjährigen, war das Miteinander mit Landsleuten aus allen Regionen Deutschlands, mit Frauen und Männern unserer Generation ein großartiges Erlebnis. In der Tat wurde die CDU für die nächsten zwanzig Jahre die Partei mit den weitaus meisten jungen Wählern, einer starken und lebendigen Jungen Union. Und bis heute ist sie immer wieder für zahlreiche jungen Mitbürger zur politischen Heimat geworden.

[http://](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)

Den vollen Wortlaut der Rede finden Sie unter: [www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)

ANGELA MERKEL:

# Wir sind **überzeugt**: Unsere Werte, unsere Orientierungen passen in die neue Zeit

Aus der Rede der Parteivorsitzenden beim Festakt aus Anlass des 50. Jahrestages des Gründungsparteitages der CDU:

---

## Die großen Ideen bleiben immer gültig

Wir christliche Demokraten blicken an einem Tag wie diesem nicht auf Vergangenes; sondern auf Bleibendes. Denn wenn auch das Leben und die Geschichte vom Wandel geprägt sind – heute vielleicht mehr denn je – dann bleiben die großen Ideen doch immer gültig. Und große Ideen sind das Fundament der CDU. Sie bestimmten unseren Weg von Anbeginn.

---

## Zeit der Entscheidung

Vor gut 50 Jahren, in der Stunde Null, standen die Deutschen vor dem Nichts. Als die CDU gegründet wurde, lag Deutschland in Trümmern. Materiell und ideell. Die Menschen standen vor dem Nichts und waren politisch doch vor grund-



legende Entscheidungen gestellt: Sie hatten die Wahl zwischen Freiheit und Sozialismus; die Wahl zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft. Die Stunde Null und die Zeit danach war eine Zeit der Entscheidung.

---

## „Wir wählen die Freiheit“

Bei dem Gründungsparteitag der CDU Deutschlands heute vor 50 Jahren wurde Konrad Adenauer zum ersten Vorsitzenden gewählt. Er sagte: „Wir wählen die Freiheit.“ Und sein großes Wort gilt noch immer.

Freiheit als kostbarstes Gut des Menschen: Das war nach der erschütternden Er-

fahrung mit der Diktatur des Nationalsozialismus keine theoretische Angelegenheit. Sondern eine tiefe Einsicht. Die CDU hat diese Einsicht immer verteidigt. Mit dem Kopf und mit dem Herzen.

---

## Auch 1989 schlug die Stunde der Wahrheit

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten nur die Menschen im westlichen Teil Deutschlands die Freiheit wählen. In den Jahren 1989/1990 dann schlug die Stunde der Freiheit in ganz Deutschland, ja in ganz Europa. Und es zeigte sich: Der SED-Staat mit all seinen Stasi-Methoden hat den Willen zur Freiheit nur zu unterdrücken vermocht. Ausgelöscht hat er ihn nie.

---

## Von Anfang an Volkspartei

Den Fortschritt fördern und gleichzeitig alle Menschen, alle Bürger mitnehmen: Das kann nur eine Volkspartei. Das haben die Gründerväter unserer Partei



als erste verstanden. Denn die CDU war von Anfang an Volkspartei. Als erste Partei in Deutschland. Sie war Volkspartei, als andere noch den Klassenkampf predigten. Sie war Volkspartei, als andere noch reine Klientelpolitik betrieben. Dieser Wille und diese Kraft zur Integration haben die CDU so stark gemacht. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl: Sie haben die CDU zur großen Volkspartei der Mitte gemacht. Dieses Erbe ist allen, die jetzt Verantwortung in der CDU tragen, Auftrag und Verpflichtung.

### Politik der Mitte ist Politik des Maßes

Die politische Mitte ist unsere Heimat. Politik der Mitte ist Politik des Maßes. Mitte – das war, ist und bleibt ein Kontrapunkt zu Radikalismus und tragischen Utopien. Aber zugleich war, ist und bleibt Mitte ein Kontrapunkt zu Beliebigkeit und grenzenlosem Opportunismus. Mitte ist für uns nicht da, wo der Sturm den Tanker heute hier- und morgen dorthin treibt. Sondern Mitte ist auch ein Ort von Überzeugungen und geistiger Heimat. Deshalb machen wir Christdemokraten eine Poli-

tik der Mitte, die dabei eine Politik der großen Ideen und unveräußerlicher Überzeugungen ist.

### Es geht darum, Tabuisierungen zu verhindern

Ich habe es schon am 1. Oktober bei unserem Festakt „10 Jahre eine CDU für ein Deutschland“ gesagt: Ich werde mich entschieden gegen den Versuch Schröders wehren, ein Klima in Deutschland herzustellen, bei dem er entscheidet, über welches Thema in welcher Form gesprochen werden darf und über welches nicht. Sein Standardsatz ist dann: „Dabei sollten wir es bewenden lassen“. Nein, Herr Bundeskanzler, wir werden es nicht dabei bewenden lassen. Wir lassen es nicht zu, dass Sie Tabus aufbauen – ob bei der Zuwanderung, bei der Ökosteuer, bei der deutschen Einheit, bei der Bewertung der PDS.

Darum hat es im übrigen auch bei der Diskussion zum Thema Zuwanderung in diesen Tagen zu gehen und nicht darum, wann welches Thema zum Wahlkampfthema wird. Es geht nicht um Wahlkampfstrategien, die macht man und spricht nicht darüber, sondern darum, Tabuisierungen zu verhindern.

### Unsere Politik weiter entwickeln

Die Welt hat sich entwickelt – also muss sich auch unsere Politik weiter entwickeln. Und das genau tun wir auch. Dabei unterscheiden wir uns jedoch in einem Punkt ganz wesentlich von anderen: Wir entwickeln unsere konkreten Politikangebote weiter, aber nicht, indem wir all das über Bord werfen, was wir jahrzehntelang gepredigt haben. Sondern indem wir es im weiterhin gültigen Rahmen unserer Werte machen.

### Es geht um einen Pakt zwischen Staat und einzeltem Bürger

In der Sozialen Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts schaffte die Politik einen Ausgleich zwischen Industrie und Arbeitskräften.

In der wirtschaftlich globalisierten Welt braucht es einen neuen Pakt. Der Neuen Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts geht es um einen Pakt zwischen Staat und einzeltem Bürger.

Meine Überzeugung ist: In einer Welt ohne Grenzen, in einer Wirtschaft, die auf Wissen aufbaut, kommt es immer mehr darauf an, den einzelnen zu stärken.

## Aufstehen und weiter machen

Wir rühmen uns eines im internationalen Vergleich hohen sozialen Standards und meinen damit die Höhe sozialer Leistungen. Das ist nicht gering zu schätzen. Wer fällt, muss aufgefangen werden. Das ist unser Verständnis von Solidarität.

Doch die haltenden Hände müssen auch wieder loslassen können. Der Sozialstaat sollte Menschen dazu befähigen, aufzustehen und weiter zu machen. Mehr Anstrengungen zur Aktivierung und weniger Schulterklopfen fürs Alimentieren; das ist der hohe Standard, an dem wir uns in der Zukunft messen lassen sollten.

## Die Bedingungen für Leistung auch bei der Bildung schaffen

Wissensgesellschaft ist nicht nur ein Schlagwort. Wissen ist im 21. Jahrhundert Grundlage für Teilhabe und Wohlstand. Deshalb will ich eine viel größere Priorität für die Bildungspolitik.

Deutsche Schüler, Auszubildende und Studenten sind nicht weniger leistungsfähig als ihre Alterskollegen in anderen Industrieländern. Aber wir stehen in der

Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen in Deutschland ihre Leistungsfähigkeit auch tatsächlich unter Beweis stellen können.

## Stärken wir das Europäische Parlament

Worum es mir vor allem geht, ist, dass sich die Bürger Europas nicht mehr ohnmächtig in Europa fühlen. Knüpfen wir die Kette demokratischer Legitimation neu! Stärken wir das Parlament! Schaffen wir klare Verhältnisse in Brüssel, indem wir Legislative und Exekutive für alle erkennbar trennen.

## Unser Kriterium heißt Menschenwürde

Kaum ein Thema fordert uns derzeit so sehr wie die Entwicklung in der Bio- und Gentechnologie. Denken wir nur an Präimplantations-Diagnostik, an Pränatal-Diagnostik, denken wir an genetische Tests im Bereich von Versicherungen und Arbeitsverhältnissen, denken wir an therapeutisches Klonen, an die Bioethik-Konvention.

Antworten können wir nur dann geben, wenn wir zur Spitze gehören. Ohne Spitzenstellung in Forschung

und Technologie keine Spitzenstellung in Verantwortung und moralischer Kompetenz. Nur wer bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, der kann auch die Debatte über ihre Verwendung führen.

Unser Kriterium heißt Menschenwürde: kein Mensch darf benutzt werden zu Zwecken, denen er nicht zugestimmt hat. Heilung ja – Menschenzüchtung nein: Das muss die Devise lauten.

## Wir schauen in die Zukunft

Heute vor 50 Jahren wurde die CDU gegründet. Wir schauen zurück auf eine erfolgreiche Zeit. Wir blicken auf bleibende Verdienste. Wir schauen in die Zukunft in der Gewissheit, dass unsere Orientierungen und unsere Werte in die neue Zeit passen; und in der Gewissheit, dass wir gebraucht werden. Wir arbeiten hart dafür, dass schon bald christliche Demokraten die Geschicke dieses Landes gestalten können.

[http://](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)

Den vollen Wortlaut der Rede finden Sie unter: [www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)



„DIE CDU ALS VOLKSPARTEI“ – GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

# Parteireform ist **Daueraufgabe** im Wettbewerb mit den anderen Parteien

Aus der Rede von Generalsekretär Ruprecht Polenz beim Festakt aus Anlass des 50. Jahrestages des Gründungsparteitages der CDU in Goslar:

Über die Zukunft unseres Parteiensystems ist viel spekuliert worden. Dabei ist berechtigte Kritik an verkrusteten Strukturen und eingeschliffenen Ritualen geübt worden. Aber bei aller Kritik steht für mich fest: Dieses Land braucht große Parteien. Eine parlamentarische Demokratie ist ohne Parteien nicht denkbar, nicht organisierbar.

Unser Grundgesetz weist den Parteien die Aufgabe zu, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Darin liegen zwei Botschaften.

**Erstens:** Parteien sollen Probleme beschreiben, Lösungen entwickeln und für ihre gesellschaftliche Akzeptanz werben.

**Zweitens:** Parteien sollen „mitwirken“, anstoßen und bündeln, nicht vorschreiben und diktieren. Partei kommt vom lateinischen pars, der Teil, das sollen wir stets beherzigen. Eine Partei darf sich weder



mit dem Staat noch mit dem Ganzen gleichsetzen.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass nur die großen, mitgliederstarken Parteien in der Lage sind, den Bundeskanzler zu stellen und damit die Richtlinien der Politik zu bestimmen.

625.000 der insgesamt etwa 1,7 Millionen Parteimitglieder in Deutschland sind bei der CDU, weitere 182.000 bei der CSU. Mehr als 60.000 kommunale Funktions- und Mandatsträger der CDU setzen sich ehrenamtlich und unermüdet vor Ort für die gemeinsame Sache ein. Das ist, man kann es nicht genug betonen, die entscheidende Grundlage für den Erfolg unserer Partei.

Ein Blick in die Lebenswirklichkeit zeigt uns aber, dass alle Großorganisationen erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen. Die CDU hat unter dem Strich im Zeitraum 1990 bis Jahresmitte 2000 38.000 Mitglieder verloren, die SPD sogar 177.000, die FDP-Basis hat sich mehr als halbiert. Ebenso betroffen wie die Parteien sind Kirchen und Gewerkschaften.

---

## Wo aber liegt der „Mehrwert“ einer Mitgliedschaft?

Früher war die Antwort relativ einfach zu geben: Als Parteimitglied konnte man sich in den Veranstaltungen aktueller und umfassender über Politik informieren.

Im Zeitalter des Internet ist dieses Argument verbraucht. Auch die zweite Begründung für parteipolitisches Engagement gerät in den Hintergrund: Als Parteimitglied fühlte man sich früher einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu verbunden, z. B. dem „Bür-

gerlichen Lager“. Diese Milieubindungen sind heute schwächer geworden.

Wenn wir als CDU weiterhin starke Mitgliederpartei bleiben wollen, müssen wir die Frage neu beantworten, warum es sich lohnt, bei uns Mitglied zu sein. Wir müssen die Mitgliedschaft in unserer Partei attraktiver machen.

**Mit einem 4-Punkte-Programm wollen wir dieses Ziel erreichen:**



**Wer Mitglied in der CDU ist, muss in der CDU etwas zu sagen haben**

Wir wollen Rechte und Einflussmöglichkeiten der Mitglieder auf Personal- und Sachentscheidungen stärken. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn wir Personalentscheidungen – wo immer dies organisatorisch möglich ist – in die Hände aller Mitglieder und nicht nur einiger weniger Delegierter legen.

Ähnliches gilt für Sachentscheidungen. Mitgliederbefragungen lassen sich heute per Internet rasch und vor allem auch kostengünstig organisieren. Wir sollten unseren Mitgliedern etwas zutrauen und sie ernst nehmen. Ich bin z.B. fest davon überzeugt, dass die un-

sinnige Ökosteuer nie in Kraft getreten wäre, wenn Herr Schröder seine eigene Parteibasis dazu befragt hätte.

Die CDU war von 1982 bis 1998 sechzehn Jahre lang Regierungspartei. Wir verfügen über ein breites Tableau sehr erfahrener Spitzenpolitiker. Dabei dürfen wir es aber nicht bewenden lassen. Aufgabe der Partei muss es jetzt sein, Themen mit neuen Köpfen zu verbinden, Nachwuchspolitiker für verschiedenste Fachbereiche aufzubauen und künftige Führungskräfte zu schmieden.

Wir werden nur dann attraktiv für die Menschen in unserem Land, wenn wir programmatisch und personell auf neuestem Stand sind. Und dazu gehören auch viele neue Gesichter in unseren Reihen.



**Wir wollen Offenheit demonstrieren**

Viele Menschen schrecken vor einer Parteimitgliedschaft zurück, weil sie „Schwellenangst“ haben. Parteigliederungen wirken nicht selten als „Closed shop“, als festgefügte Wagenburg, in der wenige Häuptlinge seit langem das Sagen haben. Für Newcomer scheint da kein Platz zu sein.



**Der bis heute aktuelle Auftrag der CDU: eine breite Palette an Interessen und Forderungen abdecken und ihr Gehör verschaffen.**

**Das gilt für Arbeiter und Angestellte, für den Mittelstand wie für die Industrie. Die CDU ist keine Klientelpartei und sie wird dies auch nicht werden.**

Es muss deutlich werden, dass es in der CDU keine auf Jahrzehnte besetzten Erbhöfe gibt. Deshalb müssen wir eine Verständigung darüber herbeiführen, dass Parteiämter immer nur auf begrenzte Zeit ausgeübt werden und Ämterhäufung wirkungsvoll unterbunden wird. Wir brauchen eine faire Wettbewerbskultur. Ich kann mir auf diesem Weg noch mehr vorstellen.

Die CDU muss zu einer lernenden Partei werden, einer zuhörenden Partei, einer Partei, die auch andere Meinungen als die eigene zur Kenntnis nimmt. Wir müssen deshalb die Kraft haben, Nichtparteimitgliedern mehr Raum in unseren Diskussionen zu geben. Das alte Thema der Quereinsteiger muss angegangen werden. Wir brauchen mehr externen Sachverstand in unseren



► Gremien. Ganz wichtig sind mir die Vereinigungen.

In ihnen spiegelt sich die ganze Bandbreite der Union wider. Ob Junge Union oder Senioren-Union, Frauen-Union oder Kommunalpolitische Vereinigung, Evangelischer Arbeitskreis, Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, RCDS und Schüler-Union: Sie alle sind Ansprechpartner für große Gruppen der Gesellschaft und unersetzlich als Vermittler unserer Positionen wie auch als Sensoren in Volk und Gesellschaft hinein.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir die Zahl dieser Vereinigungen aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung noch um eine erweitern: Eine Art Vereinigung deutscher Neubürger, in der alle die eine politische Heimat finden können, die deutsche Staatsbürger ausländischer Herkunft sind und sich mit den Grundprinzipien unserer christlich-demokratischen Politik identifizieren können.

---

**Wir wollen noch mehr Frauen dazu ermutigen, in der CDU mitzuarbeiten**

Wir haben in der CDU seit dem Essener Frauenpar-

teitag 1984 viele Schritte unternommen, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Parteiarbeit zu fördern. Wir haben es im Wesentlichen geschafft, durch die Einführung des so genannten „Frauenquorums“ Frauen an Parteiämtern und Kandidaturen für öffentliche Ämter zu mindestens einem Drittel zu beteiligen.

Eines steht jedoch fest: Die Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich.

Ein Drittel der CDU-Ämter ist mit Frauen besetzt, und nur 25 % unserer Mitglieder sind Frauen. Das ist ein Missverhältnis, das sich eine moderne Volkspartei auf Dauer nicht leisten kann. Jedes zweite CDU-Mitglied eine Frau – das muss unser Ziel sein.

---

### Wir müssen uns der veränderten Medienlandschaft stellen

Die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willenbildung des Volkes vollzieht sich heute nicht mehr auf den Straßen und Plätzen und auch nicht mehr über teure Hochglanzbrochüren. Sie findet vor allem über die alten Medien Zeitung und Fernsehen und zunehmend über neue Medien

wie das Internet statt. Für die CDU bedeutet dies:

Sie muss ihre Arbeit stärker an den Funktionsmechanismen der Medien ausrichten, um im Zeitalter der Informations- und Kommunikationsgesellschaft in dieser Gesellschaft hinreichend präsent zu sein. Die Vertreter der CDU müssen über das notwendige handwerkliche Rüstzeug verfügen, um professionell in den Medien und mit den Medien agieren zu können. Die Partei als Ganze muss „redaktioneller“ arbeiten, um sich im Wettstreit um die Meinungsführerschaft in der Mediengesellschaft behaupten zu können.

Parteireform ist eine Daueraufgabe, die es verbietet, dass wir uns irgendwann einmal zurücklehnen und mit dem Erreichten zufrieden sind. Wer ständig im Wettbewerb mit anderen Parteien steht, wird seine Chancen nur wahrnehmen können, wenn er sich immer wieder inhaltlich, personell und methodisch erneuert und tatsächlich auf der Höhe der Zeit ist. Daran arbeiten wir.

[http://](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)

Den vollen Wortlaut der Rede finden Sie unter: [www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm](http://www.cdu.de/wochenthema/50-jahre-cdu/inhalt.htm)

PETER GÖTZ:

# Enttäuschende Bilanz der rot-grünen Regierung aus kommunalpolitischer Sicht

**Die Kommunalpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in den ersten beiden Jahren Schröder an der Macht intensiv zu tun gehabt, die verfassungsmäßige Position der Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland zu verteidigen gegen ständige Versuche, bürgernahe und starke kommunale Selbstverwaltung auszuhöheln.**

In der Koalitionsvereinbarung hatte es so gut geklungen: „Wir wollen die Finanzkraft der Gemeinden stärken.“

Eine Reform des Gemeindefinanzsystems hat Rot-Grün überhaupt nicht in Angriff genommen. Statt dessen haben Schröder und Eichel versucht, alle finanzpolitischen Maßnahmen zu einem Verschiebebahnhof zu Lasten der Stadt-, Gemeinde- und Kreiskassen zu missbrauchen.

**Das Steuerentlastungsgesetz** wird die Kommunen voraussichtlich 1,7 Mrd. DM kosten. Mit dem Familienausgleichsgesetz erhöhte sich die Mitfinanzierung der Kommunen am Familienleistungsausgleich – eigentlich eine staatliche Aufgabe und

nicht Pflicht der Städte und Gemeinden. Mit dem Haushaltssanierungsgesetz wollten Schröder und Eichel etwa 2,5 Mrd. DM pro Jahr vom Bund auf die Kommunen abschieben. In das Steuerentlastungsgesetz haben sie eine starke Erhöhung der Gewerbesteuerumlage eingebaut. Den Kommunen sollten 18 Prozent der gesamten Steuermindereinnahmen aufgebürdet werden, obwohl sie nur etwa 12 Prozent Anteil an den Steuereinnahmen haben.

## Die Kommunalparteien sind CDU und CSU

Die CDU/CSU-Opposition hat beim Steuerentlastungs- und Haushaltssanierungsgesetz die schlimmsten Auswirkungen verhindert und sich erneut als die Kommunalpartei profiliert.

**Den Städte- und sozialen Wohnungsbau** hat Schröder als Steinbruch angesehen und die Bundesförderung drastisch gekürzt. Immer mehr verödete Innenstädte, soziale Brennpunkte und ein Unsicherheitsgefühl bei immer

mehr Bürgern in den Straßen nach Einbruch der Dunkelheit sind die Folge.

**Bei den Rentenkonsensgesprächen** rücken Schröder und Riester immer näher an die Positionen der Union heran. Aber immer noch wollen sie mit ihrem Entwurf zur Rentenreform 2000 in das System der Sozialhilfe eingreifen. Wenn das Gesetz wird, vermischen sie nicht nur zwei soziale Sicherungssysteme, die getrennt voneinander bleiben müssen, sondern siebürden den Kommunen weitere Milliarden zur Finanzierung der Rentenkassen auf.

Dramatisch wirkt sich der Einfluss der **Europäischen Union** auf die Zukunft der Deutschen Städte, Gemeinden und Kreise aus. Stromversorgung, Wasser, Abwasser, öffentlicher Nahverkehr, ja selbst die Stadt- und Kreis-sparkassen stehen in Brüssel auf dem Prüfstand der Wettbewerbspolitik. Die Bundesregierung hat kein Konzept für die Fortentwicklung unserer Kommunen in der erweiterten Europäischen Union vorgelegt. Eine Debatte darüber mit den Kommunen findet nicht statt. **UD**



EVP-ED-FRAKTION SETZT SICH MIT KLAGE DURCH:

## Zugang zu Dokumenten kann **nicht einseitig** vom Rat beschlossen werden

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hält die vom Ministerrat angenommenen Beschränkungen über den Zugang zu vertraulichen Dokumenten für inakzeptabel, erklärte der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering im Anschluss an eine Sitzung der Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament.

Mit Unterstützung der Mehrheit hat die EVP-ED-Fraktion bei dieser Sitzung sich dafür ausgesprochen, dass das Europäische Parlament eine Klage gegen den Ratsbeschluss beim Europäischen Gerichtshof erreicht. Die niederländische Regierung hat kürzlich ebenfalls eine Klage gegen den Ratsbeschluss eingereicht.

Die neuen vom Ministerrat angenommenen Regeln über den Zugang zu Dokumenten seien nicht mit den Bestimmungen von Artikel 255 des Vertrages und den darin vorgesehenen Verfahren vereinbar, sagte Pöttering. Der Vertrag sieht vor, dass Dokumente öffentlich zugänglich sind. Einschränkungen

hiervon müssen auf Vorschlag der Kommission und durch Parlament und Rat festgelegt werden. Der Rat kann jedoch nicht einseitig solche Regeln beschließen.

„Die EVP-ED-Fraktion setzt sich für einen möglichst breiten Zugang zu allen Dokumenten der Europäischen Institutionen ein. Ausnahmen hiervon sind nur in bestimmten Ausnahmen notwendig. Deswegen sind wir bereit, mit dem Rat entsprechende Regeln auszuhandeln. Eine einseitige Regelfestlegung durch den Rat ist jedoch nicht akzeptabel und widerspricht den Gemeinschaftsverträgen“, begründete Pöttering die Initiative seiner Fraktion. Wenn der Rat mit dem Parlament jedoch eine zufriedenstellende Lösung aushandelt, sei seine Fraktion bereit, diese Klage wieder zurückzuziehen, fügte Pöttering hinzu.

Die Geheimhaltung und Vertraulichkeit von Dokumenten dürfe vom Rat auch nicht dazu missbraucht werden, die EU-Kommission zu umgehen und Strukturen außerhalb des Gemein-

schaftssystems zu schaffen, warnte Pöttering. Wenn die Kommission nicht an den Arbeiten in allen politischen Bereichen der Union beteiligt sei, werde dies ihre Autorität schwächen.

Pöttering sprach sein großes Erstaunen darüber aus, dass die Sozialistische Fraktion sich der Forderung der EVP-ED-Fraktion zur Klage gegen den Rat nicht angeschlossen habe. „Es entsteht der Eindruck, dass die SPE-Fraktion die Politik ihrer Regierungen in der Mehrheit der Mitgliedstaaten vertritt und den Rat nicht angreifen möchte, selbst wenn dies auf Kosten der Gemeinschaftspolitik, gegen die Interessen des Parlaments und der europäischen Bürger geht.“

### WIEDERGEWÄHLT

zum Kreisvorsitzenden der CDU im Landkreis Osnabrück wurde Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament. Pöttering erhielt 94,5 % der Stimmen.

# Mehr CDU tut Sachsen-Anhalt gut

**„Mehr CDU tut Sachsen-Anhalt gut“, dieses Motto des 10. Landesparteitages der CDU Sachsen-Anhalt sei realisierbar, wenn die Landespartei ihre Zielvorstellungen für eine veränderte Politik im Lande umsetze, erklärte der CDU-Landesvorsitzende Wolfgang Böhmer in seiner Begrüßung an die etwa 350 Delegierten und Gäste in der Rischmühlenshalle in Merseburg.**

In seiner Rede wies Wolfgang Böhmer darauf hin, daß der Erfolg der deutschen Einheit immer mehr Väter bekomme. Vor zehn Jahren seien jedoch von der CDU Richtungsentscheidungen getroffen worden, zu denen die SPD nicht bereit gewesen wäre. Den Bereich der Lohnanpassung werde die CDU auch weiterhin als ihre Aufgabe und als weiteren Schritt des Zusammenwachsens zwischen alten und neuen Bundesländern betrachten.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1995 durch die Sozialdemokraten habe sich in Sachsen-Anhalt nichts mehr bewegt. Das Land werde verwaltet, anstatt gestaltet. Die Negativ-

rekorde, die Sachsen-Anhalt mittlerweile auf allen Gebieten inne habe, seien keine Erfindungen der CDU, sondern Daten des statistischen Landesamtes. Wenn die CDU wirklich etwas bewegen wolle, müsse sie sich jedoch fragen, was sie falsch gemacht habe und was anders gemacht werden könne. In den letzten zwei Jahren sei es gelungen, die Landespartei aus einer schwierigen Lage heraus zu konsolidieren. Es habe sich gezeigt, daß die Partei in der Lage sei, ihre eigenen Probleme zu lösen.

---

## Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit

Es dürfe nicht sein, daß die CDU von der SPD als Alibi für das Zusammengehen mit der PDS benutzt werde. Die CDU in Sachsen-Anhalt sei zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit, auch mit der jetzigen Regierungspartei. Doch sei es in der SPD längst beschlossene Sache, mit der PDS zu marschieren. In der kommenden Landtagswahl 2002 gehe es daher um eine Grundsatzentscheidung zwischen CDU und PDS. Die CDU setze auf eine Vereinfachung der Landesverwaltung, auf 12 Schuljahre, bei der CDU werde es keine Aufgabenverschiebung zu Lasten der Kommunen geben. Die CDU setze sich für eine Stärkung des ersten Arbeitsmarktes ein und für eine konsequent auf Investitionen ausgerichtete Finanzpolitik.

Die fehlenden finanziellen Mittel der Landespartei müssten im Wahlkampf durch Eigeninitiative der Mitglieder ersetzt werden. Dann habe die CDU in Sachsen-Anhalt eine reelle Chance, als stärkste Partei aus den nächsten Landtagswahlen hervorzugehen.

Die CDU in Sachsen-Anhalt fechte einen schweren Kampf aus gegen einen von Arroganz geprägten Ministerpräsidenten, so Ruprecht Polenz. Die CDU-Parteibasis habe im Rahmen der Spendendiskussion viel Kritik einstecken müssen, die letztlich nicht ihr galt. Die Mitglieder der CDU hätten jedoch zu ihren politischen Überzeugungen gestanden und sich nicht entmutigen lassen.

Die CDU sei wieder auf einem guten Weg. Die Strategie der Bundesregierung sei durchsichtig und werde deshalb keinen Erfolg haben.

Die CDU sei wieder auf einem guten Weg. Die Strategie der Bundesregierung sei durchsichtig und werde deshalb keinen Erfolg haben.



Wer für alles eine Konsensrunde anbiete, werde unglaubwürdig.

Die grundsätzliche Botschaft der friedlichen Revolution im Osten Deutschlands dürfe nicht vergessen werden. Für Schröder zähle nur die Macht um ihrer selbst willen. Jetzt kaufe sich die PDS ein, um 2002 an der Macht zu bleiben. Die Resultate einer Politik unter Mitwirkung der PDS zeigten sich jedoch nirgends so dramatisch, wie in Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt dürfe kein rot-roter Sanierungsfall bleiben.

### Anspruch auf Solidarität

Als Gastredner wies der ehemalige Beauftragte der ostdeutschen Bundesländer, Johannes Ludewig, darauf hin, daß er in kaum einem anderen der neuen Bundesländer so viel vor Ort unterwegs gewesen sei, so viele schwierige Umbruchsituationen erlebt habe, so viele Betriebe ein Stück des Weges begleiten durfte wie in Sachsen-Anhalt. Bei Helmut Kohl sei immer klar gewesen, daß die Menschen in den neuen Bundesländern Anspruch auf konkrete und praktische Solidarität hätten.

Daß die CDU die Partei der Deutschen Einheit geblie-



Freudestrahlend: Wolfgang Böhmer (rechts)

ben sei, zeige sich nicht zuletzt daran, daß mit Angela Merkel nun eine Persönlichkeit aus Ostdeutschland die Führung der Partei übernommen habe. Wer heute Bilanz ziehe, könne mit Genugtuung und Stolz feststellen, daß es mit vielen Mühen und Anstrengungen der Menschen vor Ort gelungen sei, an vielen Stellen einen Neuanfang zu schaffen.

Große Sorgen mache ihm, so Ludewig, das gegenwärtige Investitionsklima in Sachsen-Anhalt. Die CDU habe entscheidende positive Anstöße für die Startphase in den neuen Ländern gegeben, auch in Sachsen-Anhalt. Der zweite Teil der 90er Jahre unter der SPD-geführten Minderheitsregierung habe Sachsen-Anhalt dann nicht mehr

weiter vorangebracht. Die CDU im Lande setze darauf, daß Sachsen-Anhalt gute Voraussetzungen habe, in Deutschland ganz vorne mit dabei zu sein.

Mit großer Mehrheit wurde der Leitantrag „Unser Land hat besseres verdient“ beschlossen.

Die Delegierten des Parteitages wählten Wolfgang Böhmer mit fast 80 % der Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden. Als seine drei Stellvertreter erhielten Uda Heller, Vorsitzende des Kreistages Sangerhausen, Thomas Leimbach, Landrat im Kreis Aschersleben-Staßfurt, und Thomas Webel, Landtagsabgeordneter und Landrat im Ohrekreis, die Mehrheit der Delegierten. **UD**

## Bildungsvorsprung für Deutschland

– unter diesem Motto steht der „Kleine Parteitag“, zu dem die Parteivorsitzende Angela Merkel für den 20. November nach Stuttgart eingeladen hat.

■ Wie können Schulen und Universitäten dieser Herausforderung gerecht werden? ■ Wie schaffen wir eine Gesellschaft, die jeden Einzelnen entsprechend seinen Fähigkeiten zu lebenslangem Lernen motiviert? ■ Auf welchen Grundsätzen



basiert unsere Bildungspolitik, welche Werte soll sie in Zeiten rasanten wirtschaftlichen und sozialen Wandels vermitteln?

Angela Merkel: „Diese Fragen stellt der Entwurf

der „Bildungspolitischen Leitsätze“, den der Bundesvorstand als Antrag beschlossen hat. Auf unserem Kleinen Parteitag wollen wir die Leitsätze beraten und verabschieden.“

UD

## Projekt für effektivere Kommunalpolitik

**Verwaltung in Deutschland – so mancher Bürger schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, wenn er mit diesem Begriff konfrontiert wird. Dabei sind die Verwaltungen oft besser als ihr Ruf.**

Seit Anfang der 90er Jahre beschäftigen sich deutsche Kommunen mit der Straffung und Professionalisierung ihrer Verwaltungsabläufe. In fast allen Verwaltungen werden strategische, langfristige Planungen vorgenommen. Ganz anders im kommunalen Politikmanagement: Nur zehn Prozent der örtlichen Fraktionen planen langfristig. Dies ergab eine Studie des Instituts für

Arbeit und Technik (IAT) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. 30 % der Kommunalpolitiker gestanden zudem ein, sich in wesentlichen Teilbereichen kommunaler Materie nicht sicher zu fühlen.

„Von der Verwaltungsreform zur Politikreform“ – unter diesem Motto hat die Bertelsmann-Stiftung jetzt das Projekt POLIS (Politische Steuerung) ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, Formen zu finden, welche die politische Steuerung effektiver und die Kommunalpolitik attraktiver gestalten. „Wir wollen in einer sachlichen und öffentlichen Diskussion gemeinsam mit den

Kommunen Antworten auf die Frage finden, wie Kommunalpolitik ihren Führungsanspruch gegenüber den Verwaltungen wieder geltend machen kann“, erläutert Dr. Andreas Osner von der Stiftung. Bereits existierende innovative Ansätze sollen aufgegriffen und konsequent umgesetzt werden. Auf diese Art und Weise könne die lokale Demokratie gestärkt und ein Ausbluten des ehrenamtlichen politischen Engagements verhindert werden.

Genauere Informationen erteilt Dr. Osner unter  
Tel.: 0 52 41/81 72 80



## Merkblatt zur CDU

Wieviel Kreisverbände hat die CDU? Wieviel Mitglieder hat die Mittelstandsvereinigung der CDU? Wie erreiche ich die Abgeordneten meines Wahlkreises? Fragen, auf die auch langjährige Mitglieder der

**Genauere Informationen  
beim Kreisverband  
Tel.: 0 25 41/9 64 10**

CDU nicht immer sofort eine Antwort wissen. Der CDU-Kreisverband Coesfeld hält jetzt in kompakter Form Informationen für interessierte Bürger bereit: In einem Merkblatt findet der Leser Angaben zur Geschichte und Organisationsstruktur der CDU im Bund, vor Ort und im Land. Andere Kreise im Münsterland haben die Idee übernommen und eigene Merkblätter erstellt.



## Der CDU-Kreisverband Coesfeld stellt sich vor



Werner Lenzen 1948  
Kreisvorsitzender

Sehr geehrtes CDU-Mitglied,

mit Freude überreichen wir Ihnen hiermit eine erste Information, die sich mit der Geschichte, den Personen und der Organisationsstruktur unserer Christlich Demokratischen Union beschäftigt.

Als Mehrheitspartei im Kreis Coesfeld arbeiten wir für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind wir auf das engagierte Mitwirken unserer Mitglieder, die auch bereit sind, Verantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu übernehmen, in besonderer Weise angewiesen. Ihr Beitritt ist daher ein wichtiger Schritt.

Ihre Anregungen zu unserer Arbeit sind wir immer dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

*W. Lenzen*

### Die CDU im Überblick

#### Der Selbstverständnis

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands versteht sich als die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns daher an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes.

Grundzüge unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet.

Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.

Unsere Partei wurde 1945 von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die Deutschlands Zukunft mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. In dieser neuen Volkspartei fanden sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen und aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen unseres Vaterlandes zusammen.

Die CDU steht somit für eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für eine Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.

Die CDU war schon immer die Partei zukunftsweisender moderner Konzepte. So haben unsere Ideen und Vorstellungen das beispielhafte Aufbauwerk nach dem Krieg erfolgreich vorangetrieben, unser Land in Europäischer Union und NATO fest verankert und Deutschland zu einem blühenden Gemeinwesen entwickelt. Mit der Deutschen Einheit hat sich eine unsere großen politischen Visionen erfüllt.

Wir wünschen uns einen menschlichen, an christlichen Werten ausgerichteten Kurs. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verän-

Der CDU Kreisverband Coesfeld stellt sich vor



dernden Welt zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft weitergehen, um unseren Kindern und Enkelkindern für deren Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.

#### Ihre Geschichte

Die CDU Deutschlands wurde im Juni 1945 in Berlin und im Rheinland gegründet. Sie organisierte sich in den Jahren 1945 bis 1949 in den deutschen Ländern und Besatzungszonen und schloß sich 1950 auf Bundesebene zusammen.

In seiner jetzigen Organisationsform bildete sich der CDU-Kreisverband Coesfeld am 2. November 1974 im Zuge der kommunalen Gebietsreform. Der neue Kreis Coesfeld setzt sich aus 11 Städten und Gemeinden der drei Altkreise Coesfeld, Lüdinghausen und Münster-Land zusammen.

Im Altkreis Coesfeld hatte sich die CDU bereits am 25. November 1945 gegründet. Im Altkreis Lüdinghausen gab es anfangs zwei unterschiedliche Gruppen, die sich erst zusammenfinden mußten, so daß die eigentliche Gründung der Kreispartei dort am 23. Januar 1946 stattgefunden hat. Der Gründungstermin des Kreisverbandes Münster-Land war am 15. Oktober 1945.

Ziel der CDU war es, alle christlich orientierten Kräfte in einer „Union“ zu sammeln. Das städtische Leben sollte auf christlicher,



demokratischer und föderaler Grundlage aufgebaut werden. Erst und unsere Partei prägender Vorsitzender wurde Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Von entscheidender Bedeutung wurde ab 1948 die durch Prof. Dr. Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft. Die CDU setzte sich von Beginn an für die europäische Integration und für die Westbindung in Europäischer

Seite 1

## TIPPS FÜR DIE PARTEIARBEIT

## 3000 DM für Kinder- und Jugendarbeit

Über einen goldenen Herbst kann sich die CDU Extertal-Silixen freuen: Das siebte Oktoberfest des Ortsverbandes im nordrhein-westfälischen Kreis Lippe brachte einen Erlös von 3000 DM. Über die Verwendung des Geldes waren sich die Kommunalpolitiker Manfred Stoller und Reinhold Stock schnell einig: Das Geld soll der Kinder- und Jugendarbeit im Dorf zugute kommen.

UD





RENTE

Das eigentliche Mega-Thema

Der Entwurf zur „Rentenreform 2000“ wird in den nächsten zwei Jahren, das heißt konkret bis zur Bundestagswahl 2002, die innenpolitische Diskussion beherrschen. Zu groß sind die Risiken und Nebenwirkungen, die dieses Gesetzesvorhaben in sich birgt. Das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und das lange möglichst gute, abgesicherte Leben der Frauen und Männer jenseits der Altersgrenze verdrängen in der Gesellschaft die „Megathemen“ Bildung und Ausbildung, Jugend und Arbeitslosigkeit, ja selbst das „Bündnis für Arbeit“.

Frankfurter Rundschau

UMTS

Lafontaines Schatten

Der Kanzler sonnt sich im Erfolg. 15 Milliarden Mark

an zusätzlichen Wohltaten hat er verteilt. Die Zinsersparnisse des Bundes aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen, die Finanzminister Eichel 99,4 Milliarden Mark zusätzlich in die Kassen spülten, werden jetzt ausgegeben, um Straßen zu bauen, Altbauten zu sanieren, die Forschung zu fördern und das Bahnnetz zu modernisieren. Eichel wollte nur fünf Milliarden Mark für 2001 rausrücken. Für den Star in Schröders Kabinett eine Niederlage. Die Bereitschaft, die Staatsfinanzen zu sanieren, lässt eben nach, wenn der Wahltermin näher rückt. Hinter den Wohltaten wird aber auch der Schatten eines Mannes sichtbar, der vom Sparen nie so viel gehalten hat.. Der Tagesspiegel

SPD-FINANZEN

Rote Kassen

Was wiegt schwerer? Die schwarzen Kassen der CDU – oder die Einnahmen aus dem Parteivermögen der SPD im Jahr 1986, die zwar

in Bilanzen, aber nicht in den Rechenschaftsberichten an den Bundestagspräsidenten auftauchten? Immerhin geht es im Falle der SPD um ungefähr dreimal so viel Geld wie bei den bisher umstrittenen Geldern der Schwarzen. Die SPD wird sich um die Aufklärung nicht drücken können, selbst wenn dieser Altfall jenseits aller gesetzlichen Fristen liegt – zumal da, so weit sich bisher erkennen lässt, möglicherweise alles im legalen Bereich liegt. Und genau das wäre dann das Problem!

Wenn man die Sache rein wirtschaftlich betrachtet, könnte es sich – ja, es kann sich wohl nur so verhalten: Die SPD hat ihre diversen Firmen (von A bis Z) dazu benutzt, die in der Firma A vorhandenen stillen Reserven dadurch „steuerunschädlich“ zu heben, dass der Firma A die vermögenslose Firma B „verkauft“ wurde. Anschließend wurde der liquide gemachte Erlös als Kapitalrückzahlung der Firma B ihrer einzigen Gesellschafterin zugeführt, nämlich der SPD. Damit wurden, so heißt es, Schulden bezahlt. Die



Gründungsjahr 1999

*Frage ist nur: Schulden der SPD als Gesellschafterin von Firmen oder der SPD als politischer Partei? Und wer wollte dies sauber trennen können? (War es anders gewesen, müsste die SPD dies der Öffentlichkeit erklären.)*

Die Zeit

## PDS

## Die Erben ziehen sich auf den Osten zurück

Nachdem Rückzug der beiden prominenten Führungsfiguren Gregor Gysi und Lothar Bisky geht die PDS schweren Zeiten entgegen. Die blasse Ex-SED-Funktionärin Gabriele Zimmer besitzt weder die notwendige Autorität noch das rhetorische und mediale Talent, um in die Fußstapfen von Gregor Gysi treten zu können. Kein Wunder, dass mit der weitgehend unbekanntem PDS-Chefin Zimmer auch das Projekt der Westausdehnung zu Grabe getragen wird. Die SED-Erben ziehen sich auf den Osten zurück. Dort aber muss die PDS wegen der un-

geklärten Widersprüche innerhalb ihrer überalterten Mitgliedschaft und ohne prominente Leitfiguren an der Spitze mit sinkender Wählergunst rechnen. Handelsblatt

## Im Parteiengefüge längst nicht sicher

*Die Zukunft hängt nicht von einem gelungenen Parteitag ab. Nicht einmal nur davon, ob es gelingt, die richtige Mischung aus Abgrenzung und Annäherung zur SPD zu finden. Die PDS hat, entgegen eigenen Illusionen, den festen Platz im Parteiengefüge noch längst nicht sicher.*

Frankfurter Rundschau

## EURO

## Immer tiefer in der Krise

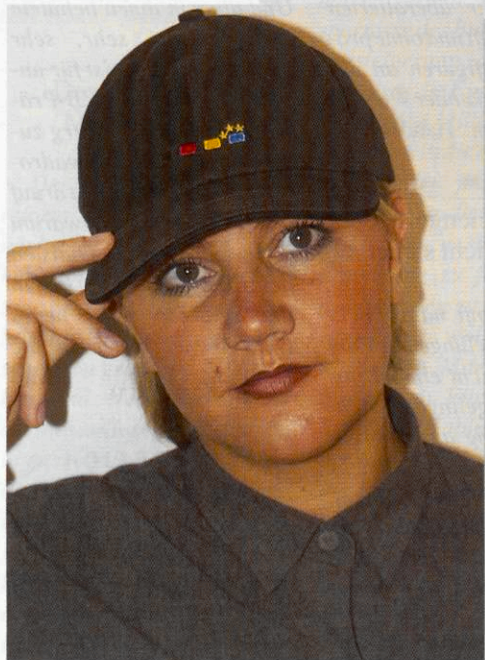
*Ob sie Pöhl, Schlesinger oder Tietmeyer hießen: Die ehemaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank zeichnete eine wichtige Tugend aus: Wenn es um die Währung ging, waren sie*

*sehr, sehr verschwiegen. Und die von ihnen behütete D-Mark war sehr, sehr stark. Inzwischen ist für unsere Währung der EZB-Präsident Wim Duisenberg zuständig. Und der schwadroniert nach Herzenslust drauf los. Plaudert rum, warum Interventionen zu Gunsten des Euro jetzt nicht helfen und reißt so unser neues Geld immer tiefer in die Krise.* Bild

## ÖSTERREICH

## Schüssels kleiner Triumph

*Recht zu behalten ist wohl eines der Gefühle, die Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel am allerliebsten hat. Und tatsächlich: Nach dem fulminanten Sieg seiner ÖVP, und mehr noch, mit der Niederlage der rechtspopulistischen FPÖ bei der Landtagswahl in der Steiermark scheint Schüssel obenauf: Haiders FPÖ bekommt am besten in den Griff, wer sie einbindet und in die Verantwortung zwingt. Die Welt*



## Baseball-Cap

- aus dicker vorgewaschener reiner Baumwolle – Farbe anthrazit
- Cap-Frontbestückung mit CDU-Digit-Logo
- rückwärtiger Cap-Klettverschluß mit Ton in Ton Bestückung „CDU“

Bestell-Nr.: 9656

Preis: 9,- DM je Exemplar





# Faltblatt „Rente“



**»EINE ZUKUNTSORIENTIERTE  
ALTERSSICHERUNG MUSS  
DIE LASTEN ZWISCHEN JUNG UND ALT  
GERECHT VERTEILEN, SIE MUSS EINE  
GENERATIONENBRÜCKE SEIN.«  
(ANGELA MERKEL)**

**CDU**  
mitten im Leben.  
■ ■ ■ ■ ■

Bestell-Nr.: 2688  
Preis: 22,00 DM je 100 Expl.

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



## Mailing-Karte

– What's new @ cdu.de –

Verpackungseinheit 100 Expl. Kostenlos

Bestell-Nr.: 6690

### E-Mail für alle:

In Zukunft werden interessierten Bürgerinnen und Bürgern per E-Mail/SMS über aktuelle politische Themen direkt aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle informiert.

Diese Mailing-Karten können von den Ortsverbänden bei Veranstaltungen, Canvassing-Aktionen etc. eingesetzt werden.

Die ausgefüllten Karten sollen von den Ortsverbänden oder den jeweiligen Interessenten direkt an die **CDU-Bundesgeschäftsstelle**, HA Öffentlichkeitsarbeit, 10785 Berlin geschickt werden.

### BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum  
Postfach 1465  
59306 Emmigerloh  
Telefax 02524/911310  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)